



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	9. Sitzung
Datum	Mittwoch, den 14.02.2007
Sitzungsbeginn	18:25 Uhr
Sitzungsende	22:25 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

AV Volck eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit Stadtverordneten beschlussfähig ist.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Fragestunde

TOP 2

0330/06

Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar

Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2006

TOP 3

0328/06

Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar

Wirtschaftsplan 2007

TOP 4

Haushalt 2007

TOP 4.1

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2007

- Antragsberatung -

TOP 4.2
0287/06
Investitionsprogramm und
Finanzplanung 2006 - 2010

TOP 5
0315/06
Jahresrechnung 2004
Entlastungserteilung gem. § 114 HGO

TOP 6
0332/06
Gefahrenabwehrverordnung über die Festsetzung, Anbringung
und Instandhaltung von Haus-/Grundstücksnummern

TOP 7
0062/06
Spielflächenentwicklungsplan 2006
I/13

TOP 8
0237/06
Kindergarten Naunheim
Ausbau des Dachgeschosses

TOP 9
0283/06
Neugestaltung der Citybusse
Einrichtung einer Arbeitsgruppe

TOP 10
0289/06
Bahnhof Wetzlar
Dynamische Anzeigetafeln auf den Bahnsteigen

TOP 11
0319/06
Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung von
innerstädtischen Geschäftsquartieren
Erfahrungsberichte hessischer Kommunen

TOP 12
0331/06
Wetzlarer Stadtmauer
Entfernung des Pflanzen- und Baumbewuchses
Mittelbereitstellung für Sanierungsmaßnahmen

TOP 13
0333/06
Bebauungsplan Nr. 8 „Am Rothenberg“ in Wetzlar, Stadtteil Garbenheim

Planung der dezentralen Energieversorgung

TOP 14

0350/07

Kindergarten Johanneshof

Zufahrtsänderung

Prüfungsauftrag

TOP 15

Nachwahlen

TOP 15.1

0343/06

enwag GmbH

Aufsichtsrat

Nachwahl eines Vertreters

TOP 15.2

0344/06

Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Wetzlar

Nachwahl eines Stellvertreters

TOP 15.3

0345/06

Zweckverband „Hallenbad Waldgirmes“

Verbandsversammlung

Nachwahl eines Vertreters

TOP 16

Mitteilungsvorlagen

TOP 16.1

0312/06

Güterbahnhof Garbenheim

hier: Nutzung und evtl. Ausbau zu einem regionalen Logistikzentrum

TOP 16.2

0324/06

99. Vergleichende Prüfung „Sozialhilfe: Krankheitskosten“

TOP 16.3

0339/06

Beteiligungsbericht 2006 für das Geschäftsjahr 2005

TOP 16.4

0342/06

Bericht Zinsmanagement 2005 - 2006

TOP 16.5

0348/07

Wohnhilfebüro/Schuldnerberatung

Jahresbericht 2005

TOP 17

Verschiedenes

TOP 1

Fragestunde

Frage Nr. : 0370/07 - III/12
vom : 06.02.2007
Fragesteller : Stv. Pohl, SPD-Fraktion

Stv. P o h l:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, im Interview mit der WNZ vom 01.02.2007 hat Herr Stadtrat Beck auf die Frage, ob es der Stadt recht sei, wenn die Lampen (gemeint ist die Straßenbeleuchtung) lange brennen, geantwortet: ‚Das ist Unsinn und schnell für jeden nachvollziehbar. Wetzlar ist zwar mit 50,1 % an den enwag-Erlösen beteiligt, muss aber zu 100 % den Strom bezahlen. Die Stadt hat ein großes Interesse daran, Energie zu sparen.‘ Zitatende.

Dies vorausgeschickt frage ich den Magistrat:

Stimmt der Magistrat mit mir überein, dass die vorgenannte Antwort unsinnig ist, da Herr Stadtrat Beck in seiner Antwort verschweigt oder einfach vergessen hat zu erwähnen, dass die Stadt auch 50,1 % der Gewinnausschüttung der enwag erhält und dadurch der zuvor gezahlte Strompreis relativiert wird?“

StR B e c k:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Pohl, Sie werden Verständnis dafür haben und mit mir hoffentlich auch einverstanden sein, dass ich diese Frage mit nein beantworte. Das liegt schlicht und einfach daran, dass man sehr wohl als geneigter Leser in einem Kurzinterview erkennen kann, dass Erlöse einen Gewinnanteil in der Regel beinhalten. Und deswegen das auch in einem Kurzinterview nicht extra erwähnt werden muss.“

Zusatzfrage FrkV K r a t k e y:

„Aufgrund der Aussage von Herrn Beck darf ich folgende Nachfrage stellen: Teilt der Magistrat dann wenigstens die Auffassung, dass die Gleichung Umsatz... oder Erlöse ist gleich Gewinn (unverständlich) unsinnig ist?“

StR B e c k:

„Wir brauchen jetzt keine betriebswirtschaftliche Diskussion anzufangen über den Begriff und den Formelerlös. Erlöse, da ist Gewinn in der Regel beinhaltet plus Umsatz. Erlös ist Umsatz, ist letztendlich Umsatzerlös, der besteht aus Stückzahl plus Preis mal einen Zeitraum. Pro Jahr. Und in dem Umsatz ist in der Regel dann auch ein Gewinn enthalten.“

Frage Nr. : 0376/07 - III/14
vom : 07.02.2007
Fragesteller : Stv. Wagner, SPD-Fraktion

Stv. W a g n e r:

„Herr Vorsteher, meine Damen, meine Herren, gestatten Sie, dass ich meiner Frage eine Vorbemerkung voranstelle:

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion beantragte unter dem Datum 20. April 2005, die Verlängerung der Rechtsabbiegespur im Bereich der Bannstraße in Richtung Niedergirmes zu errichten. Ziel dieser Initiative war es, die Verkehrsgefährdung zu entschärfen, die aufgrund des hohen Fahrzeugaufkommens und des Rückstaus auf der geradeaus führenden Fahrspur in Richtung Auffahrt B 49 (Fahrtrichtung Limburg) permanent entsteht.

Der Antrag wurde bei Stimmengleichheit (26:26) abgelehnt, nachdem Stadtrat Beck für den Magistrat erklärte, es bedürfe keiner Beschlussfassung aufgrund des Oppositionsantrages, lägen doch bereits seit 2003 entsprechende Pläne in der Schublade. Für das Jahr 2006 würden Mittel im Haushalt für dieses Projekt eingestellt.

Im Zusammenhang mit der Veräußerung, die danach erfolgte, also der Veräußerung einer Teilfläche des städtischen Parkplatzes Bannstraße, betonte der Magistrat, dass dadurch die Errichtung der Rechtsabbiegespur nicht gefährdet würde und im Übrigen wurden dann im Jahr 2006 auch entsprechende Haushaltsmittel etatisiert.

Dies vorangestellt stelle ich folgende Frage:

Warum wurde die dringend notwendige Rechtsabbiegespur im Bereich der Bannstraße in Richtung Niedergirmes bisher nicht realisiert, obwohl laut Mitteilung des Magistrates - sprich Stadtrat Beck - die Pläne seit 2003 in seiner Schublade ruhen, die im städtischen Eigentum stehenden Grundstücksflächen trotz einer zwischenzeitlich erfolgten Veräußerung einer Teilfläche des ehemaligen städtischen Parkplatzes Bannstraße ausreichend sind und die erforderlichen Haushaltsmittel im Etat für das Jahr 2006 eingestellt

wurden?“

StR B e c k:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Wagner, es entspricht den Gegebenheiten, dass im Haushaltsplan 2006 70.000 € für den Bau der Rechtsabbiegespur bereitgestellt wurden. Die für den Ausbau erforderlichen Grundstücksflächen befinden sich im Eigentum der Stadt Wetzlar und wurden im Zuge der Veräußerung des städtischen Parkplatzes - wie Sie es bereits erwähnt haben - zurückbehalten.

Nachdem seit ca. 2 Jahren das Forum Wetzlar sowie die Arena Wetzlar ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen haben, ist festzustellen, dass sich das Verkehrsaufkommen deutlicher als erwartet erhöht hat. Konnte man zum Planungszeitpunkt der Erschließungsmaßnahme Forum/Arena - also Prognose 2003 - noch davon ausgehen, dass eine Rechtsabbiegespur Bannstraße/Hermannsteiner Straße als wünschenswert eingestuft war, ist heute anhand der aktuellen Verkehrsentwicklung festzustellen, dass diese Spur dringend erforderlich ist.

Neue Verkehrsprognosen lassen erkennen, dass die 2003 geplante 30 m lange Abbiegespur nicht mehr ausreicht und eine Verlängerung auf 56 m angestrebt werden sollte. Infolgedessen muss die in der Bannstraße installierte Schilderbrücke umgebaut und geringfügig in das Grundstück des Osman-Marktes eingegriffen werden.

Der notwendige Mittelmehrbedarf in Höhe von 35.000 € wurde im Nachtragshaushalt 2006 bereitgestellt. Die Grundstücksverhandlungen mit dem Betreiber des Osman-Marktes sind eingeleitet. Sie konnten aber leider noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Wir gehen davon aus, dass eine Einigung erzielt werden kann, die Umsetzung der Straßenbaumaßnahme erfolgt dann umgehend.“

Zusatzfrage FrkV M i c h a l e k:

„Herr Beck, ich gehe davon aus, dass bei einer Umplanung die Pläne auch nochmal in den Bauausschuss kommen.“

StR B e c k:

„Selbstverständlich.“

Frage Nr. : 0377/07 - III/15

vom : 07.02.2007

Fragesteller : FrkV Kratkey, SPD-Fraktion

FrkV Kratkey:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, ich frage den Magistrat, ob von dem Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar die Einführung der blauen Tonne zur Entsorgung von Papierabfällen auch für den bisher insoweit nicht an die öffentliche Einrichtung angeschlossenen Bereich der Kernstadt vorgesehen ist und wenn ja, mit welchen finanziellen Effekten gerechnet wird?“

StR Hauptvogel:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kratkey, ich darf dies bestätigen. Die Betriebskommission des Eigenbetriebes hat sich mit der Frage beschäftigt und hat eine entsprechende Vorlage an den Magistrat mit in die Gremien gegeben, auf die ich im Zusammenhang auch verweisen möchte, da sie die in den Ausschüssen demnächst erreichen wird.“

Zusatzfrage FrkV Michalek:

„Ich habe die Antwort auf die finanziellen Aufwendungen noch nicht verstanden oder nicht gehört.“

OB Dette:

„Herr Vorsteher, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob es Sinn macht, eine Vorlage, die jetzt in die nächste Geschäftsrunde geht, im Detail hier zu erläutern. Und wir haben alles dargelegt mit im Rahmen einer Fragestunde. Es macht Sinn, das in den Ausschüssen zu behandeln und von daher gesehen denke ich, dass die Ergebnisse der Betriebskommission, die hat gerade diese Woche am Montag getagt, hat die Sache auf den Weg gebracht. Am kommenden Montag wird sich der Magistrat damit beschäftigen. Also es macht jetzt keinen Sinn, hier vorab die Vorlage zu erläutern, wenn Sie sie nicht vorliegen haben. In anderthalb Wochen haben Sie die Vorlage in der Hand.“

Zusatzfrage Stv. Tschakert:

„Wenn ich daraus den Umkehrschluss ziehen darf, dass die Frage nach den finanziellen Synergieeffekten in der Vorlage mit behandelt wird, dann hat sich die Frage erledigt.“

OB Dette:

„Ja.“

TOP 2**0330/06****Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar****Bestellung eines Prüfers für den Jahresabschluss 2006**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2006 des Eigenbetriebes „Stadthallen Wetzlar“ wird die Firma ANDAMOS Unternehmensberatungsgesellschaft mbH und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Gießen, beauftragt.

TOP 3**0328/06****Eigenbetrieb Stadthallen Wetzlar****Wirtschaftsplan 2007**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Dem Wirtschaftsplan 2007 des Eigenbetriebes „Stadthallen Wetzlar“ wird zugestimmt.

TOP 4**Haushalt 2007**

Die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen, Stv. K l e b e r, Stv. H e y e r, FrkV R i n n und FrkV M a t t gaben ihre Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf ab. Auf die Redebeiträge wird - soweit vorhanden - auf die Anlagen zu Protokoll verwiesen. Stv. B o r c h e r s, als finanzpolitischer Sprecher der Grünen, verwies auf die Bemerkung von FrkV Rinn zu den ihrer Ansicht nach erfreulich wenigen Haushaltsanträgen der Fraktionen darauf, dass seine Fraktion keine Anträge gestellt habe. Dies auf Grund der vorliegenden Zahlen des Haushaltes und der Schwierigkeit in der Durchsetzung von Anträgen außerhalb der Koalition. Die Aussage von Stv. Kleber, dass es für Wetzlar im Gegensatz zu anderen Gebietskörperschaften keinen Grund zur Klage gebe, könne er nur unterstreichen. Seine Fraktion werde der Änderungsliste zustimmen, die zwar einen Überschuss enthalte, aber lediglich die bisherige Unterdeckung ausgleiche.

Hinsichtlich der uneinheitlich abgestimmten Anträge erklärte er, würden die Grünen dem in einen Prüfungsantrag geänderten Antrag 302, Verwaltungsgebäude - Hochbau - Allgemeiner Investitionsaufwand, des Ortsbeirates Nauborn zustimmen, ebenso den beiden SPD-Anträgen zur Stadtentwässerung und des Energieversorgungskonzeptes. Die Bemerkung von Stv. Heyer, das Geld könne nur einmal ausgegeben werden, könne nicht bestritten werden, sei aber auch nicht hilfreich. Entscheidend sei vielmehr die Frage, wofür das Geld ausgegeben werde. Auf Grund der Änderungsliste sei die Übernahme von Anträgen der Opposition wohl möglich, aber politisch nicht gewollt. Ein Sachzwang sei nicht gegeben. Selbst bei einem Überschuss im Verwaltungshaushalt, würden die Anträge - wie jedes Jahr - nicht durchkommen.

Stv. Heyer habe weiterhin erklärt, dass ein bestimmter Betrag für die Erschließung von

Konversionsflächen in die Hand genommen worden sei. Das sei aber gerade nicht der Fall. Es liege nur eine Ausgabenermächtigung an den Magistrat vor, ob diese allerdings umgesetzt werde, bleibe abzuwarten. Auch müsse eine Gegenrechnung mit Fördermitteln gemacht werden, so dass sich der Betrag der Stadt relativiere. Solche Dinge sollten aber auch nicht „schön“ geredet werden. Zur von Stv. Heyer genannten vorausschauenden Haushaltspolitik des Magistrates verwies Stv. B o r c h e r s auf das Investitionsprogramm, bei dessen Abstimmung er sich noch nie beteiligt habe. Das Investitionsprogramm sei nämlich in seiner Unverbindlichkeit nicht zu überbieten und werde selbst von der Koalition nicht ernst genommen.

Als Beispiel sei nur das Stadion Wetzlar heranzuziehen. Hier stehe ab 2008 die Zahl Null, obwohl bereits Planungsmittel ausgegeben werden, die noch gar nicht im Haushalt stehen. Beim Hochwasserschutz stehe 1 Mio. € als Platzhalter. Dies sei lediglich eine gedachte Zahl und habe mit tatsächlicher Planung nichts zu tun. Seine Fraktion gestehe zu, dass der Magistrat versuche, über den Verwaltungshaushalt bestimmte Akzente zu setzen, aber eine Haushaltsabstimmung bedeute auch eine rückwirkende Abrechnung und beinhalte auch einen künftigen Vertrauensvorschuss mit der regierenden Mehrheit.

Unter diesem Aspekt sehe er zwei Punkte besonders kritisch. So werde jedes Jahr Geld für Planungen der Bereiche Laufdorfspange, Westtangente und Westanschluss ausgegeben, obwohl sich in dieser Sache nichts rühre. Auch wisse niemand, wie diese Maßnahmen finanziert werden sollen, da die Stadt allein dazu nicht in der Lage sei. Weiterhin habe das Vertrauen in den Magistrat Ende 2006 durch die Grundstücksvorlage EBS einen schweren Riss erfahren. Hier habe der Magistrat blind agiert, indem er lediglich pauschale Rahmenbedingungen vorgesehen habe und um weitere konkrete Bedingungen sehr gekämpft werden musste. Aus diesem Grund setze die Fraktion der Grünen ein Zeichen, in dem sie zu diesem Haushaltsentwurf mit „Nein“ stimmen.

OB D e t t e hielt Stv. Kleber entgegen, in seiner Kritik über das Ziel hinauszuschießen. Der Haushaltsentwurf bilde einen soliden Entwurf, wobei die Gewerbesteuern als Einnahmequelle eine schwankende Größenordnung seien und zudem abhängig von Firmenentscheidungen, wie das jüngste Beispiel Siemens VDO aufzeige. Der Grundsatz der niedrigen Einnahmeschätzung sei auch nicht neu, sondern werde von ihm bereits seit 1981 so gehandhabt und damals von der SPD als solide Haushaltsaufstellung gelobt. Es sei richtig, die Ausgabenseite bescheiden und an der Leistungsfähigkeit der Stadt zu orientieren. Den Vorwurf nicht ausgeschöpfter Einsparpotenziale wies er zurück. Das Haushaltskonsolidierungsprogramm sei im Verwaltungshaushalt benannt und konsequent umgesetzt worden.

Zum Hinweis auf den vierten Dezernenten erklärte OB D e t t e, dass Wetzlar im Gegensatz zu anderen Städten einen „schmalen Unterbau“ habe. Auch würden Stellen kontinuierlich abgebaut, wobei allerdings im Bereich der Kindertagesstätten weitere Stellen hätten geschaffen werden müssen. Er forderte Stv. Kleber auf, konkrete Maßnahmen zu benennen, die nicht durchgeführt werden sollten. Die Leistungsfähigkeit der Stadt sei begrenzt, so dass der Magistrat sich auf die unabweichlichen Maßnahmen konzentriere. Die HSG erhalte auf Grund ihrer bundesweiten Außenwirkung für die Stadt wieder den gleichen Förderungsbetrag wie 2006. Im Bereich der offenen Jugendarbeit gelte das Prinzip der Kooperation mit Elterninitiativen und Kirchen, das sich hervorragend bewährt habe.

Die Kritik gegenüber der Preispolitik der enwag sei deplatziert, da dieses Unternehmen den Gesetzen des Ölmarktes unterworfen sei. Zu der von FrkV Matt angesprochenen

Verbesserung der Mittelzuführung an den Verwaltungshaushalt erklärte OB **D e t t e**, dass zwar die Unterdeckung über die Änderungsliste ausgeglichen werden konnte, die zusätzlichen abgeführten 420.000,00 € würden aber lediglich einen Bewegungsspielraum in dieser Höhe ermöglichen. Zur Kritik des Stv. Borchers am Investitionsprogramm erklärte er, dass dieses nur eine Perspektive eröffne und noch keine Rechtsverbindlichkeit beinhalte. Im Hinblick auf das Stadion Wetzlar sei im Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung noch keine Investitionssumme erkennbar gewesen. Im Bereich des Hochwasserschutzes bestehe weiterhin Handlungsbedarf.

Zum Thema Planungskosten Westtangente und Westanschluss verwies er darauf, dass Planungsfortschritte zu verzeichnen seien. Beim Westanschluss befinde man sich im Planfeststellungsverfahren der Westtangente vor Einleitung des Planfeststellungsbeschlusses. Die grundsätzliche Frage der Trassenführung habe die Stadtverordnetenversammlung noch in diesem Jahr zu entscheiden. Das alles zeige auf, dass die Mittel zielgerichtet eingesetzt werden.

TOP 4.1

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2007

- Antragsberatung -

StvV **V o l c k** rief die in den Ausschüssen **einstimmig** abgestimmten Haushaltsanträge der Fraktionen und der Änderungsliste auf (siehe Anlage). Gegen eine Abstimmung en bloc ergab sich kein Widerspruch.

Abstimmung: 57.0.0

StvV **V o l c k** rief die in den Ausschüssen **uneinheitlich** abgestimmten Haushaltsanträge auf.

Anträge 101/102, Zuschüsse an Verbände und Vereine

Stv. **S t e i n r a t h s** erklärte, dass die Hauptaufgabe der Jugendorganisation der demokratischen Parteien, zusammengeschlossen im Ring politischer Jugend, in der Bildung junger Menschen zu freien Staatsbürgern zu sehen sei. Die heranwachsenden Staatsbürger seien politisch zu interessieren und zu bilden und auf ihre politische Verantwortung hinzuweisen. Antidemokratische Einflüsse, wie die der NPD, müssten verhindert werden. Der RPJ wolle trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtungen durch gemeinsame Projekte die Jugendlichen u. a. hinsichtlich der Wahlen informieren und zu einer Stimmabgabe motivieren.

Abstimmung: 47.5.6

Antrag 104, Stadtentwässerung

Die SPD beabsichtige mit diesem Antrag, so FrkV **K r a t k e y**, Bewegung in die Gestaltung der Abwassergebühren zu bringen und auf die zukünftige Einführung einer Splittung der Abwassergebühren hinzuwirken. Eine Berechnung sollte nach dem Verbrauch der Frischwassermengen und was als Regenwasser von befestigten Flächen in Kläranlagen eingeleitet werde erfolgen. Das Bundesverwaltungsgericht habe in seiner Entscheidung vom 25.03.1985 normiert, dass ein Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip

vorliege, wenn nicht berücksichtigt werde, dass von versiegelten Grundstücken auch Niederschlagswasser in die Kanalisation gelangen könne. Die Nachweispflicht für einen Verstoß gegen das Prinzip obliege der Kommune. Allerdings werde die Notwendigkeit einer Abwassergebührensplittung von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung bislang nicht gesehen.

Die Mustersatzung des Hessischen Städtetages lasse beide Varianten zu, die des Deutschen Städte- und Gemeindebundes dagegen schon nicht mehr. Voraussetzung für das Gebührensplittung sei, dass die Kosten für die Regenwasserbeseitigung nicht höher als 12 % der Gesamtkosten betragen dürfen. Das sei nur zu vernachlässigen, wenn 10 % der bebauten Grundstücke vom bebauten Durchschnitt der Grundstücke abweiche. Wenn nur ein Bürger Widerspruch einlege, müsse die Stadt ihrer Nachweispflicht nachkommen und die Satzung könnte für unwirksam erklärt werden, wie z. B. in Darmstadt. Der erforderliche Finanzierungsaufwand für das Gebührensplittung belaufe sich nach den Ermittlungen des BUND auf ca. 2,00 € pro Einwohner, während der Magistrat 1 Mio. € für erforderlich halte. Hierzu habe der Magistrat Unterlagen zugesagt, die allerdings noch nicht vorliegen. Die Kosten seien gebührenfähig und in Kommunen, wie Solms, Dillenburg und Aßlar, habe sich die Gebühr dadurch lediglich um 1 Cent erhöht.

OB D e t t e erklärte, dass der Magistrat davon ausgehe, dass die Mehrzahl der Grundstücke vergleichbar sei und eine Abweichung bei den großen versiegelten Flächen unter 10 % liege. Hintergrund sei, dass einige der großen versiegelten Flächen Direkteinleiter seien, wie z. B. Buderus und Handelshof Dutenhofen. Im Falle Darmstadt sei es um die Privatisierung und Abführung erhöhter Gebühren gegangen, aber nicht um ein Gebührensplittung, so dass hier kein Vergleich gezogen werden könne. Im Übrigen könne der Gebührenmaßstab gewählt werden. 50 % der übrigen Gebietskörperschaften würden ebenfalls weiterhin den Frischwassermaßstab zu Grunde legen. Letztlich müsse aber die Stadtverordnetenversammlung über den Maßstab entscheiden.

Auf Frage des FrkV M i c h a l e k, was gegen eine Untersuchung spreche antwortete OB D e t t e, dass derzeit die Kosten für eine Umstellung ermittelt werden. Stv. Dr. B ü g e r erläuterte in seinen Ausführungen die ablehnende Haltung der FDP. Es sei unbestritten, dass die Verteilung der Kosten auf Grund eines sachlich gerechtfertigten Maßstabes im Verhältnis zur gewonnenen Genauigkeit stehen müsse. Allerdings, so führte er in Beispielen an, zahle ein Privathaushalt dieselbe Gebühr für Frischwasser oder Schmutzwasser, unabhängig vom Verschmutzungsgrad. Die Kosten seien auch unabhängig davon, ob das Wasser wieder in die Kanalisation gelange oder nicht.

Des Weiteren seien bei der Berechnung verbrauchsabhängiger Gebühren ein Großteil Fixkosten, so dass eine Flatrate eingeführt werden müsste. Das alles zeige, dass eine solche Genauigkeit einen erheblichen Aufwand erforderlich mache, insbesondere an Kosten und zusätzlichem Verwaltungsaufwand. Verwaltungsaufwand insofern, dass laufend die Flächenveränderungen zu jedem Grundstück nachvollzogen werden müssen. Dabei stelle sich auch die Frage, wer die Versiegelung praktisch ausmessen solle. Auf Grund des hohen Aufwandes für Bürger und Verwaltung und hinsichtlich der Kosten, sei der Antrag abzulehnen.

FrkV A l t e n h e i m e r erklärte, dass die CDU dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen werde, wobei er insbesondere auf den Nutzen für die Bürger abstellte. Es gehe nicht nur um die Kosten der Anschubung, sondern auch um die Folgekosten. Hauptgrund für das Gebührensplittung sei auch nicht eine größere Gerechtigkeit, sondern eine Steuerfunktion hinsichtlich der Flächenversiegelung. Dabei müsste aber auch mit Härtefällen bei

Privatpersonen gerechnet werden. Es sei seiner Ansicht nach unsinnig Maßnahmen einzuleiten, bevor eine detaillierte Kostenaufstellung unter Berücksichtigung von Härtefällen vorliege.

FrKV K r a t k e y zeigte sich enttäuscht über die fehlende Bereitschaft, sich mit der Materie auseinander zu setzen. Die Gemeinden verwalten sich im Rahmen der Gesetze und müssten sich daher auch an die Rechtsprechung halten. Ein höherer Verwaltungsaufwand trete nicht auf, wie die Beispiele von Aßlar, Solms und Dillenburg zeigten. Argumente, wie die Verschmutzung des Abwassers, seien durch die Abwassersatzung abgedeckt. Auch das Argument einer Flatrate treffe nicht zu. Der Frischwassermaßstab sei nur ein gewählter Verteiler und Berechnungsmaßstab, wobei unterstellt werde, dass proportional zum Frischwasserverbrauch auch Abwasser verbraucht werden. Irgendwelche Härtefälle könne man im Vorhinein immer konstruieren. Das Gebührensplitting biete Anreize dafür, Flächen nicht wie bisher zu versiegeln und hätte damit auch einen ökologischen Effekt.

OB D e t t e betonte nochmals, dass die Stadt sich in einem akzeptablen Rahmen bewege. Von 73 hessischen Gemeinden hätten nur 32 das Gebührensplitting eingeführt. Der Magistrat werde die Kosten einer flächendeckenden Umsetzung ermitteln und prüfen, ob mehr als 10 % der versiegelten Flächen in Wetzlar mit geringem Frischwasserverbrauch vorhanden seien.

Abstimmung: 27.31.0

Antrag 105, Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage

Abstimmung: 22.36.0

Antrag 302, Verwaltungsgebäude - Hochbau - Allgemeiner Investitionsaufwand

Umwandlung in einen Prüfungsauftrag: 58.0.0

Antrag 310, Energieversorgungskonzept

Stv. Dr. I h m e l s warf dem Magistrat vor, kein sonderliches Interesse an alternativer Energie zu haben, wie die Diskussion um ein Blockheizkraftwerk für das Rathaus und zum Baugebiet Garbenheim zeige. Er wies auf den Agenda-Beschluss der Stadtverordnetenversammlung hin, der im Zusammenhang mit der Energieversorgung eine Einbeziehung der nachhaltigen und alternativen Energien vorsehe. Es gehe bei der Energiepolitik vor allem um Kosten und darum, der Preisentwicklung auf diesem Sektor entgegenzutreten.

Als ein Beispiel führte er die Stadt Marburg an, die zusammen mit der gewobau ein Konzept hinsichtlich des Einsatzes von Blockheizkraftwerktechnik erarbeitet habe und tatsächlich Einsparungen vorweisen könne. Die Stadt sollte hierzu ein Fachbüro mit einer Machbarkeitsstudie beauftragen. Die Stadtwerke sollten im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze die alternativen Energietechniken, wie Solar, Geothermie und Photovoltaik, nutzen, ebenso die dafür vorgesehenen Fördermittel der KfW.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erklärte, dass die CDU den Antrag grundsätzlich begrüße und auch eine sachliche Diskussion auf kommunaler Ebene wünsche. Er zog allerdings den vorliegenden Antrag in seiner Formulierung und Zielführung in Zweifel, den seine Fraktion aus drei Gründen ablehne. Zum einen seien die Kosten mit 400.000,00 € zu niedrig angesetzt, da Fachleute von einer sechsstelligen Summe ausgehen. Weiterhin suggeriere Stv. Dr. Ihmels anhand des Beispiels Marburg, dass die Bürger Energie preiswerter beziehen können. Tatsächlich sei das Gegenteil der Fall, da in Deutschland - wie nirgends sonst - der Staat massiv zugelangt habe. Im Übrigen halte er den Antrag für eine grundsätzliche Strategie der SPD aus gefochtenem Hinblick auf die Landtagswahl 2008.

Als verantwortungslos bezeichnete er insbesondere die Aussage des Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Grünen, dass Hessen im Jahr 2028 auf Grund alternativer Energieversorgung unabhängig sein werde. Er stellte folgenden Initiativantrag:

„Unter der Haushaltsstelle 2.791110.935200 wird für das Haushaltsjahr 2007 ein Betrag von 20.000,00 € für die Erarbeitung eines Energieversorgungskonzeptes für das Hallenbad Europa und das Bebauungsgebiet 'Rothenberg' in Garbenheim eingestellt.“

FrkV M i c h a l e k erklärte, dass über den Antrag und nicht über die Begründung abgestimmt werde. Es bleibe der CDU natürlich unbenommen den Antrag, den sie eigentlich für gut befände, durch einen Initiativantrag zu ersetzen. Allerdings halte er die 20.000,00 € ebenso gegriffen wie 40.000,00 €. Er schlage daher vor, die 40.000,00 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, so dass der Magistrat eine Kostenschätzung einholen müsse. Wenigstens sei dann eine Stelle im Haushalt vorgesehen. Überhaupt gehe die Koalition wohl davon aus, dass man in Wetzlar keine alternativen Energien benötige. StR Hauptvogel habe auf diesem Gebiet bislang noch nichts vorzuweisen. Den Nachweis, dass er für alternative Energien und Umwelt etwas leiste, sei er bislang schuldig geblieben. Das sei auch insbesondere bei der - seiner Ansicht nach - katastrophalen EBS-Vorlage deutlich gewesen. Das Ziel der CDU sei lediglich, den SPD-Antrag durch ihren eigenen Initiativantrag zu ersetzen.

FrkV K r a t k e y teilte die Einschätzung von FrkV Michalek hinsichtlich des Initiativantrages. Er wies darauf hin, dass ein Energiekonzept für Wetzlar eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand und in Mittelhessen darstellen würde. Das Engagement der öffentlichen Hand auf diesem Gebiet sei auch nicht ungewöhnlich. Das Land Hessen habe hierfür eine eigene Gesellschaft, die Hessen-Energie. Den Änderungsantrag der CDU selbst halte er für ein „Feigenblatt“, der im Übrigen den Hauptantrag nicht ersetze. Er bestehe auf Abstimmung des Hauptantrages, so dass die Koalition Farbe bekennen müsse. Im Übrigen erklärte er sich mit der Anbringung des Sperrvermerkes einverstanden.

StvV V o l c k erklärte, dass laut Geschäftsordnung zuerst über den Änderungsantrag abgestimmt werden müsse. Bei einer Mehrheit ersetze dieser den Hauptantrag, über den nicht mehr abgestimmt werden könne. FrkV K r a t k e y widersprach dieser Auffassung. Er sehe zwei konkurrierende Hauptanträge in rechtlich gleicher Qualität. Bei der Entscheidung von StvV Volck würde er den Hauptantrag mündlich als neuen Haushaltsantrag stellen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU: 36.0.0 bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion

Antrag 402. Tiefbaumaßnahmen L 3285 -
Ausfahrt Rettungsfahrzeuge im Stt. Naunheim

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 22.31.4

FrkV **K r a t k e y** stellte einen Haushaltsantrag mit dem Wortlaut des Antrages 310, Energieversorgungskonzept, versehen mit einem Sperrvermerk. Stv. **G e r h a r d t** wies unter Zuhilfenahme der Mengenlehre darauf hin, dass die Teilmengen Europabad und Baugebiet „Rothenberg“ in der Gesamtmenge Stadt Wetzlar aufgehen. Ein Antrag über die Gesamtmenge sei daher unsinnig. Stv. **B o r c h e r s** stellte folgenden Initiativantrag:

„Im Vermögenshaushalt wird eine neue Haushaltsstelle eingerichtet mit der Bezeichnung 'Energieversorgungskonzept Gesamtstadt'. Im Haushaltsplan 2007 wird ein Betrag in Höhe von 40.000,00 € für die Erarbeitung eines Energieversorgungskonzeptes eingestellt, ausgenommen Schwimmbad Europa und Baugebiet 'Rothenberg', versehen mit einem Sperrvermerk, aufzuheben durch die Stadtverordnetenversammlung.“

FrkV **K r a t k e y** erklärte, dass die SPD den Initiativantrag übernehme.

Abstimmung: 27.31.0

Antrag 305. Stadtplanung - Allgemeine Planungskosten

Der Antrag verblieb im Geschäftsgang.

Antrag 306. Ausbau Steighausplatz

Auf Grund der Erklärung von StR **B e c k**, dass eine Entscheidung über die Reihenfolge der Baumaßnahmen - sofern der Investor entsprechende Aussagen gegenüber der Stadt ablegt - der Stadtverordnetenversammlung überlassen werde, zog FrkV **R i n n** den Antrag zurück.

OB **D e t t e** verlas die aktuellen Zahlen für den Haushalt 2007 (siehe Anlage).

Abstimmung über den Haushalt insgesamt: 31.27.0

TOP 4.2

0287/06

**Investitionsprogramm und
Finanzplanung 2006 - 2010**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (31.26.0) folgenden Beschluss:

1. Nach § 101 HGO wird der Finanzplan für den Planungszeitraum 2006 - 2010 beschlossen.
2. Der Entwurf eines Investitionsprogrammes wird nach § 101 Abs. 3 HGO für den Planungszeitraum 2006 - 2010 aufgestellt.

TOP 5

0315/06

Jahresrechnung 2004

Entlastungserteilung gem. § 114 HGO

Stv. K l e b e r erklärte, dass die SPD der Vorlage zustimmen werde, allerdings sei das Auftragsmanagement hinsichtlich der Verpflichtungsermächtigungen dringend zu verbessern. Angesichts der chaotischen Verhältnisse in der VHS zeige sich, dass es an der Führung und Kontrolle der Dezernenten mangle. Es sei zudem zu prüfen, ob für die VHS ein eigenes Bankkonto notwendig sei. Mit der von der SPD geforderten Sonderprüfung der Festspiele e. V. sei nie die Absicht verfolgt worden, Vorstandsmitglieder in Misskredit zu bringen. Vielmehr sei Ziel die Transparenz und Sicherheit der Geschäftsabläufe gewesen. Wie aus dem Bericht zu entnehmen, habe sich dieses Engagement auch gelohnt. OB D e t t e erwiderte, dass im jetzigen Haushalt deutlich weniger Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen seien als zuvor. Die Problematik der VHS sei ein vorübergehendes personelles Problem gewesen, das inzwischen behoben worden sei.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

1. Der Schlussbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2004 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresrechnung 2004 der Stadt Wetzlar wird gemäß § 114 HGO zugestimmt.
3. Dem Magistrat wird für das Haushaltsjahr 2004 Entlastung erteilt.

TOP 6

0332/06

Gefahrenabwehrverordnung über die Festsetzung, Anbringung und Instandhaltung von Haus-/Grundstücksnummern

StvV V o l c k verwies auf die redaktionelle Änderung im Mitteilungsblatt (siehe Anlage).

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Die Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Wetzlar über die Festsetzung, Anbringung und Instandhaltung von Haus-/Grundstücksnummern wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

TOP 7

0062/06

Spielflächenentwicklungsplan 2006

I/13

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

TOP 8

0237/06

**Kindergarten Naunheim
Ausbau des Dachgeschosses**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Der Planung zum Dachgeschossausbau des Kindergartens „Pusteblyume“ in Wetzlar-Naunheim wird zugestimmt.

TOP 9

0283/06

**Neugestaltung der Citybusse
Einrichtung einer Arbeitsgruppe**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (57.0.0) folgenden Beschluss:

Im Hinblick auf die angestrebte Neugestaltung des City-Busses wird der Magistrat beauftragt, eine Arbeitsgruppe zu bilden, der jeweils ein Mitglied der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen angehören soll. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe sind der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

TOP 10

0289/06

**Bahnhof Wetzlar
Dynamische Anzeigetafeln auf den Bahnsteigen**

FrkV R i n n erklärte, dass das Anliegen zwar bereits umgesetzt worden sei, die Anzeigetafeln bislang allerdings noch nicht funktionieren. Der Bahnhof sei auch weiter Thema, wie z. B. im Hinblick auf die Unterführung.

Sie erklärte den Antrag für erledigt.

TOP 11

0319/06

**Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung von
innerstädtischen Geschäftsquartieren
Erfahrungsberichte hessischer Kommunen**

StvV V o l c k verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden geänderten

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, bei denjenigen hessischen Kommunen, die nach dem Gesetz zur Stärkung von innerstädtischen Geschäftsquartieren öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen und/oder Satzungen erlassen haben, Erfahrungsberichte einzuholen.
2. Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31. Mai 2007 über das Ergebnis seiner Bemühungen.
3. Zum gleichen Zeitpunkt stellt der Magistrat eine Zusammenfassung der Erfahrungsberichte über den Stadtmarketing-Verein zur Verfügung.

TOP 12

0331/06

Wetzlarer Stadtmauer

Entfernung des Pflanzen- und Baumbewuchses

Mittelbereitstellung für Sanierungsmaßnahmen

StvV **V o l c k** verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Stv. Christoph **S c h ä f e r** erklärte, dass es darum gehe, die für die Geschichte der Stadt wertvolle Substanz zu erhalten und nicht um die Entfernung von Bäumen und Sträuchern.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. den an der Stadtmauer beidseitig vorhandenen Bewuchs (Efeu bzw. selbstklimmende Pflanzen und Sträucher etc.) nach Maßgabe der Ziffer 4 nachhaltig zu entfernen;
2. zu prüfen, welche der vor der Stadtmauer vorhandenen Solitärgehölze entfernt werden können, so dass eine freie Sicht auf die Stadtmauer gewährleistet ist und für eine entsprechende Entfernung Sorge zu tragen;
3. dafür Sorge zu tragen, dass nachwachsender Bewuchs regelmäßig (mind. 1 x jährlich) entfernt wird;
4. eine Prioritätenliste gemeinsam mit der Denkmalpflege aufzustellen und die zur Sanierung schadhafter Mauerbereiche notwendigen Mittel in die Haushalte der gemäß der Liste vorgesehenen Jahre einzustellen.

TOP 13

0333/06

Bebauungsplan Nr. 8 „Am Rothenberg“ in Wetzlar, Stadtteil Garbenheim

Planung der dezentralen Energieversorgung

StvV **V o l c k** verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

Nach Verabschiedung des Aufstellungsbeschlusses am 12.12.2006 für den Bebauungsplan Nr. 8 ‚Am Rothenberg‘ in Wetzlar, Stadtteil Garbenheim, ist zu prüfen, ob im weiteren Verfahren die dezentrale Energieversorgung über ein Nahwärmenetz mittels Energieerzeugungsinselfn in die Planung aufgenommen werden kann. Dabei ist insbesondere die Möglichkeit der Errichtung einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage (Blockheizkraftwerk) - betrieben entweder konventionell (mit Gas bzw. Öl) oder mit nachwachsenden Rohstoffen (Biomasse) - und die Errichtung einer Geothermieanlage zu prüfen.

TOP 14

0350/07

**Kindergarten Johanneshof
Zufahrtsänderung
Prüfungsauftrag**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Bereich des Kindergartens Johanneshof die Verkehrsregelung so geändert werden kann, dass der Kindergarten Johanneshof von beiden Seiten der Straße angefahren werden kann und dabei sowohl den Interessen der Eltern, der Kindergartenkinder als auch den Interessen der Anlieger des Johanneshofs Rechnung getragen werden kann.

TOP 15

Nachwahlen

TOP 15.1

0343/06

enwag GmbH

Aufsichtsrat

Nachwahl eines Vertreters

StvV V o l c k verwies auf das Mitteilungsblatt.

Auf Frage von StvV V o l c k gab es keine weiteren Wahlvorschläge. Gegen eine offene Abstimmung erhob sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden Beschluss:

Als Nachfolger von Helmut Lattermann schlägt die Stadtverordnetenversammlung der Gesellschafterversammlung der enwag

Stv. Klaus Breidsprecher

zur Wahl in den Aufsichtsrat vor.

TOP 15.2**0344/06****Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Wetzlar
Nachwahl eines Stellvertreters**

StvV V o l c k verwies auf das Mitteilungsblatt.

Auf Frage von StvV V o l c k gab es keine weiteren Wahlvorschläge. Gegen eine offene Abstimmung erhob sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden Beschluss:

Als Nachfolger von Helmut Lattermann wählt die Stadtverordnetenversammlung als Stellvertreter von Jörg Kratkey

Fraktionsvorsitzenden Andreas Altenheimer

in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Wetzlar.

TOP 15.3**0345/06****Zweckverband „Hallenbad Waldgirmes“
Verbandsversammlung
Nachwahl eines Vertreters**

StvV V o l c k verwies auf das Mitteilungsblatt.

Auf Frage von StvV V o l c k gab es keine weiteren Wahlvorschläge. Gegen eine offene Abstimmung erhob sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (58.0.0) folgenden Beschluss:

Als Nachfolger von Helmut Lattermann wählt die Stadtverordnetenversammlung

Stv. Detlev Scharmann

als Vertreter der Stadt Wetzlar in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Hallenbad Waldgirmes“.

TOP 16**Mitteilungsvorlagen****TOP 16.1****0312/06****Güterbahnhof Garbenheim
hier: Nutzung und evtl. Ausbau zu einem regionalen Logistikzentrum**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.2

0324/06

99. Vergleichende Prüfung „Sozialhilfe: Krankheitskosten“

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.3

0339/06

Beteiligungsbericht 2006 für das Geschäftsjahr 2005

FrkV K r a t k e y bewertete den Bericht als hervorragend ausgefertigt, zeigte aber den methodischen Fehler beim außerordentlichen Aufwand in der Berechnung für die gewöhnliche Geschäftstätigkeit. Das müsste systematisch anders dargestellt werden. Darüber hinaus müssen nach GmbH-Gesetz die Jahresabschlüsse drei Monate nach Schluss des Geschäftsjahres abgeschlossen und acht Monate danach den Gremien vorgelegt werden. Der Beteiligungsbericht setze gewisse Pflichtinhalte voraus, wie z. B. die Veröffentlichung der Bezüge des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung, wenn die Stadt mehr als 50 % an der Gesellschaft beteiligt sei. Hier bitte er um künftige Beachtung.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.4

0342/06

Bericht Zinsmanagement 2005 - 2006

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.5

0348/07

Wohnhilfebüro/Schuldnerberatung

Jahresbericht 2005

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 17

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss StvV V o l c k die 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher:

Die Schriftführerin:

V o l c k

H i r s c h f e l d e r

gez.